



Memo

Italiens Migrationspolitik: aktueller Stand und Einordnung des Albanien-Protokolls

[REDACTED], EDA - Vertretung Rom (Botschaft), published: 05.03.2025 16:29 (Swiss time)

[CH@World](#)

Bilateral > Europe > Italy > Italy

Facts

Nach einer Wahlkampagne, in der das Thema Migration eine wichtige Rolle spielte, übernahm Ministerpräsidentin Meloni mit einer Rechtskoalition im Herbst 2022 die Regierungsgeschäfte mit dem Versprechen, die irreguläre Migration zu bekämpfen und Rückführungen auszubauen. Eines der Instrumente dafür soll ein Protokoll mit Albanien sein, das Italien erlaubt, Asylverfahren unter italienischer Gerichtsbarkeit in eigens dafür errichteten Zentren in Albanien durchzuführen. Das Ziel soll sein, die Asylverfahren für bis zu 36 000 Migranten pro Jahr dort abzuwickeln.

Zur Einordnung des Protokolls – ein Blick auf die Situation der irregulären Migration: Die Anlandungen gingen 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 60 % auf 66 617 zurück. Relativ zu den Ankunftsahlen stieg die Zahl der registrierten Toten auf der zentralen Mittelmeerroute auf 1 692. Der Rückgang der Anlandungen erklärt sich mit den Massnahmen zur Verhinderung der Überfahrten in Libyen und insb. Tunesien. Auch die geschätzten Ankünfte über die Balkanroute reduzierten sich; die Regierung führt dies u.a. auf die im Oktober 2023 eingeführten Kontrollen an der Binnengrenze zu Slowenien zurück. Internationale und Nichtregierungsorganisationen berichten, dass Migrant/-innen wegen der Gewalt auf (bei)den Fluchtrouten in zunehmend prekärerem Gesundheitszustand in Italien ankommen.

Ein Jahr nach Unterzeichnung des Protokolls wurden im Oktober, November 2024 und Januar 2025 in drei Transfers insgesamt 73 Migranten von hoher See in die Zentren gebracht. Die zuständigen Gerichte in Rom beurteilten die de facto Inhaftierung der Migranten als nicht zulässig, alle Asylsuchenden wurden nach Italien transferiert, wo sie ein reguläres Asylverfahren durchlaufen (*Details, s. Berichterstattung Hebdo*). In den beschleunigten Grenzverfahren, die auch in Albanien umgesetzt werden sollen, dürfen nur Asylgesuche von Männern, die aus sicheren Herkunftsstaaten stammen und als nicht vulnerabel eingeschätzt werden, abgewickelt werden. Italien definiert Herkunftsstaaten auch dann als sicher, wenn dies nicht für alle Personenkategorien der Fall ist. Ob dies vereinbar ist mit europäischem Recht, soll der EuGH bis Ende Mai 2025 klären; die Anhörung startete Ende Februar.

[REDACTED] Nur wenige Tunesier (offizielle Zahlen werden nicht kommuniziert) konnten direkt aus den entsprechenden Zentren in Sizilien rückgeführt werden. Tunesien ist das einzige Land, mit dem Italien über ein [REDACTED] Rückübernahmeabkommen verfügt. 2024 stieg die Zahl der Rückführungen zwar im Vergleich zum Vorjahr um 14 %, aber auf tiefem Niveau (5 406). Trotz massiv weniger irregulären Einreisen änderte sich die Situation in Italien selbst nicht – im Gegenteil: Während die Auslastung der Aufnahmestrukturen praktisch unverändert blieb (139 141 am 31.12.2024 vs. 139 388 am 31.12.2023), nahmen die Asylgesuche 2024 um 17 % auf 158 854 zu, die erstinstanzlichen Pendenzen stiegen zwischen Anfang 2024 und 2025 sogar um 37 % auf 230 559. [REDACTED]

Evaluation

Das Albanien-Experiment erfüllt dabei zentrale Funktionen

- Es ist simpel und konkret:
- Es markiert Härte: Menschen werden daran gehindert, in Italien anzulanden und mit Militärschiffen in ein anderes Land transferiert.
-
- Es ist ein neuer Ansatz: Das weckt Interesse und neuartiges gilt schnell als innovativ.
- Es prägt den Narrativ: Die Politik, die Presse, die diplomatische Gemeinschaft – alle sprechen darüber,

Nicht nur innenpolitisch geht Melonis Rechnung auf: Vertreter/-innen europäischer Regierungen pilgern nach Rom um ihr Interesse und, bis zu einem gewissen Grad, auch ihre Unterstützung kundzutun. EU-Kommissar Brunner zeigte sich bei seinem Antrittsbesuch im Februar «offen» für das Modell. Bei der Anhörung vor dem EuGH vertrat die EU-Kommission den Standpunkt, dass es möglich ist, Länder als sicher zu definieren, auch wenn sie es nicht für alle Personengruppen sind – solange diese Gruppen klar identifizierbar sind.

Das Albanien-Experiment erhält also Zustimmung – trotz beunruhigenden Berichten über massive Grundrechtseinschränkungen auf hoher See, während den Überstellungen und Asylverfahren (s. Bericht [Tavolo Asilo e Immigrazione](#) v. 25.2.2025). Kritische Beobachter/-innen befürchten, dass eine Validierung durch den EuGH einer Definition von sicheren Herkunftsstaaten mit Ausnahmen für gewisse Personengruppen zu einem starken Anstieg der nach Albanien transferierten Migranten führen würde und aufgrund der sehr kurzen Verfahrensfristen (Asylentscheid: 7 Tage, Beschwerdefrist: 7 Tage) und dem eingeschränkten Zugang zum Rechtsschutz Einzelfallprüfungen nicht garantiert werden können.

Sollte das Urteil des EuGHs eine Umsetzung des Albanien-Protokolls weiterhin blockieren, dann hat die Regierung bereits Pläne, die Infrastrukturen in Rückkehrzentren für abgewiesene Asylsuchende umzuwandeln – die in ganz Italien ausgebaut werden, um Personen (länger) zu inhaftieren. Auf europäischer Ebene macht sich Italien stark dafür, *return hubs* (Zentren ausserhalb der EU zur Ausschaffung von Migranten) in den neuen Bestimmungen zur Rückkehr zu verankern; die EU-Kommission soll im März 2025 einen Gesetzestext vorlegen.

Italiens Grenzverfahren sollen die Bestimmungen des Asyl- und Migrationspakts – der aber erst im Juni 2026 in Kraft tritt – antizipieren. Um die juristischen Blockaden zu überwinden, die Umsetzung gewisser Bestimmungen des Pakts vorzuziehen. Insbesondere weil die vorgesehenen Grenz asylverfahren nicht mit dem Konzept der sicheren Herkunftsstaaten, sondern mit der Schutzquote verknüpft ($\leq 20\%$) sind – was mit entsprechenden normativen Anpassungen auch die Umsetzung der italienischen Grenzverfahren in Albanien erleichtern könnte.

Dies gelingt nur, wenn irreguläre und reguläre Migration konsequent zusammen gedacht werden.

Da legale Zugangswege für Drittstaatsangehörige aber (noch) keine reale Alternative zum Asylsystem sind, versuchen Migranten über internationalen Schutz ihren Status zu legalisieren – die meisten Asylgesuche wurden in den letzten beiden Jahren von Menschen aus Bangladesch (sowie Pakistan und Ägypten) eingereicht. Die Regierung verfolgt zwar einzelne vielversprechende Ansätze, wie beispielsweise Ausbildungsprogramme in Herkunfts- und Transitstaaten. Auch die Zulassungsquoten für Drittstaatsangehörige hat sie auf ein Allzeithoch erhöht (164 787 für 2025).

[REDACTED]

[REDACTED] Steigende Militärausgaben werden den Verteilungskampf um staatliche Ressourcen verschärfen. Gleichzeitig akzentuieren die Kürzungen der US-Gelder für Unterstützungsprogramme in Transit- und Herkunftsstaaten von Migrant/-innen und Asylsuchenden die Fragen rund um einen effizienten Mitteleinsatz angesichts eines potenziell steigenden Migrationsdrucks.

Consequences for Switzerland

Ein effektives Migrationsmanagement im südlichen Nachbarland liegt im direkten Interesse der Schweiz. [REDACTED]

[REDACTED] Diesbezüglich sind grosse Erwartungen mit der Umsetzung des europäischen Asyl- und Migrationspakts verbunden: bisher sind die Vorbereitungen Italiens vielversprechend, das Land hat einen detaillierten Plan vorgelegt und zusätzliche Ressourcen bei der EU-Kommission beantragt. [REDACTED]

Als erstes operatives Projekt zur Auslagerung von Asylverfahren hat das Albanien-Experiment einen Einfluss auf die politische Debatte in der Schweiz. Sollte das Urteil des EuGHs eine Umsetzung ermöglichen, wird der innenpolitische Druck zunehmen, dass auch die Schweiz solche Ansätze verfolgt.